



Presseerklärung

Wir sind empört!

März 2011

Nein zur geplanten Verlängerung der Ehebestandszeit

Das geplante Gesetz der Bundesregierung gegen Zwangsheirat, wird am 14. März Gegenstand einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Bundestags sein. Ein zentraler Punkt in diesem Gesetz ist die Verlängerung der Ehebestandszeit von zwei auf drei Jahre.

agisra e.V., Informations- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen in Köln, unterstützt seit Jahren Migrantinnen in Gewaltsituationen, besonders Betroffene und Bedrohte von Zwangsverheiratung und Opfer von häuslicher Gewalt.

Wir begrüßen, dass das Gesetz eine Erleichterung der Rückkehr für im Ausland zwangsverheiratete Frauen vorsieht.

Dass jedoch die Ehebestandszeit von bisher zwei auf drei Jahre verlängert werden soll, empört uns zutiefst. Damit werden die Frauen wieder länger in Abhängigkeitsverhältnissen gehalten.

Frauen, deren Aufenthaltsrecht abhängig ist vom Ehemann, sind häufig Gewalt und Willkür ausgesetzt. Werden sie in dieser Zeit unter Druck gesetzt oder Opfer häuslicher Gewalt, bleibt nur die Wahl: Entweder sie harren bis zum Ablauf der Frist in der Gewaltsituation aus oder sie riskieren durch die Trennung den Verlust der Aufenthaltserlaubnis und die Ausweisung.

Auch die im Gesetz vorgesehene Härtefallregelung hilft vielen Frauen nicht weiter, da diese in der Praxis kaum anzuwenden ist. Es ist schwer für die Frauen körperliche und psychische Gewalt nachzuweisen, und die Behörden glauben den Betroffenen oft nicht. Zudem haben die Frauen häufig kaum Informationen über die Gesetzeslage.

Erst im Jahr 2000 wurde die Ehebestandszeit von vier auf zwei Jahre herabgesetzt. Es schien, als wären die Notlagen, in denen sich Heiratsmigrantinnen durch die aufenthaltsrechtliche Abhängigkeit befinden, anerkannt worden.

Es ist kaum zu glauben, dass jetzt, im Jahr 2011, zum 100. Frauentag, zu einer Zeit, in der Politik und Gesellschaft über Frauenförderung und Emanzipation verstärkt sprechen, das Rad für Heiratsmigrantinnen zurückgedreht werden soll.

Wenn der Einsatz für Frauenrechte und Emanzipation auch für Migrantinnen gelten soll und nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben sollen, bleibt keine Wahl als „Nein“ zu sagen, zur Verlängerung der Ehebestandszeit!

Jae-Soon Joo-Schauen

Behshid Najafi